

AKTENNOTIZ zur Anfrage über die neue Finanzierungslücke von 70.000 €

In der Ratssitzung am 26.08.2010 stellte Paul Rohde folgende Anfrage.
Die Antworten gab Kämmerer Lutz Philipps.

1. Im Anzeiger vom 02.07.2010 erklärte der Bürgermeister, er hätte die Konditionen für Herrn Engelbrecht etwas verbessert. Bitte erläutern Sie diese Aussage.

Hierzu verweise ich auf den Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 22.06.2010. Die vom Verwaltungsausschuss mehrheitlich beschlossene Änderung des Pachtvertrages hinsichtlich der Übernahme der Betriebskosten (die in den zurückliegenden Jahren zwischen rd. 5.500 € in 2006 und rd. 7.500 € in 2009 ausmachten) stellt die gleiche Situation wieder her, wie sie im Pachtvertrag vom 25.09.2001 bis zum 01.10.2005 galt. Einschließlich der jetzt zusätzlich getroffenen Vereinbarung, dass die Vergütung des Getränkelieferanten für die abgenommenen Getränke komplett dem Pächter zufließen (die Stadt hat bisher einen Anteil von 33 % erhalten; 2009 waren dies 2.116 €) ergeben sich aus der zeitlich (vom 01.07.2010 bis zum 31.12.2011) befristeten Vertragsanpassung 'finanzielle Auswirkungen' für die Stadt von insgesamt rd. 9.700 €/Jahr.

Es handelt sich hier einerseits um die Übernahme von laufenden Betriebskosten, die verbrauchsabhängig sind und andererseits um eine Beteiligung der Stadt am Getränkeeinkauf, die abhängig von der eingekauften Getränkemenge, also auch in gewisser Weise verbrauchsabhängig ist. Insofern kann hier nur ein Betrag anhand der Vorjahre geschätzt werden.

2. Im Haushalt 2010 steht ein Zuschuss für das Veranstaltungszentrum von 114.200 €. Wie hoch ist der Zuschuss für 2010 nach Ihrem Beschluss?

Zunächst einmal ist festzuhalten, dass es sich nicht um einen Beschluss des Bürgermeisters, sondern um einen auf demokratischer Basis entstandenen Kompromiss im Verwaltungsausschuss handelt. Im Rahmen des Meinungsbildungsprozesses im VA sind von den Entscheidungsträgern alle für die Beurteilung relevanten Aspekte thematisiert, bewertet und sorgfältig abgewogen worden.

Das im Haushaltsplan 2010 ausgewiesene Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen in Höhe von -114.500 € setzt sich zusammen aus den Einnahmen (ordentliche Erträge), den Ausgaben (ordentliche Aufwendungen) und den Aufwendungen aus den internen Leistungsbeziehungen. In den internen Leistungsbeziehungen sind unter anderem auch die bauliche Unterhaltung, sämtliche Abgaben, Reinigung, Strom, Heizung usw. enthalten. Es liegt in der Natur der Sache, dass diese Aufwendungen jährlich nicht unerheblich differieren. So sind im Haushaltsplan 2009 über die Haushaltsstelle 8400.679900 - Erstattung an UA Gebäudewirtschaft - 90.700 € eingestellt gewesen und tatsächlich rd. 81.000 € entstanden.

Sollten sich die für den Haushalt 2010 geplanten Ansätze nicht signifikant ändern, so ist mit einer Verschlechterung des Ergebnisses unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen um rd. 9.700 € zu rechnen.

(Nachträgliche Änderung: Laut Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 22.06.2010 gilt für das Jahr 2010, dass die Erstattung der o. unter 1. genannten Betriebskosten zu 50% erlassen wird. Die Beteiligung am Getränkeeinkauf wird entsprechend den Einkäufen in dem Beschlossenen Zeitraum vom 01.07.2010 bis 30.12.2011 ausgesetzt. Insofern ist in 2010 mit einer Verschlechterung des Ergebnisses unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen um rd. 4.850 € zu rechnen.)

3. Für den Haushalt 2011 ist aufgrund des von Ihrer Gruppe beschlossenen Haushaltssicherungskonzeptes nur noch ein Zuschuss von 54.200 € vorgesehen. Wie erhöht sich dieser Zuschuss nun aber aufgrund der von Ihnen durchgesetzten Vertragsverlängerung?

Ich verweise hierzu auf meine Antwort zu Frage 2.

Ob es tatsächlich zu einer Verschlechterung des Ergebnisses unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen kommt, hängt, wie oben ausführlich dargestellt, von vielen verbrauchsabhängigen Faktoren und der baulichen Unterhaltung ab, die selten konkret planbar ist.

4. Die Kommunalaufsicht hält die Änderung des Pachtvertrages für „nicht geeignet, im Sinne von Haushaltssicherung zu wirken“, aber sie ist Ihrem von uns nicht mitgetragenen Argument dem Drohen eines Leerstandes ab Januar 2011 gefolgt. Sie erwartet aber eine Neuverpachtung unter Begrenzung des jährlichen Zuschussbedarfs. Wann werden Sie uns erste Ergebnisse Ihrer Überlegungen zur künftigen Betriebsführung des Veranstaltungszentrums vorlegen, damit eine Ausschreibung bereits im 1. Quartal 2011 erfolgen kann und uns nicht weiterer finanzieller Schaden entsteht?

Wie die Kommunalaufsicht mit Schreiben vom 03.08.2010 an Sie mitteilte, ist zu berücksichtigen, dass die Neuregelungen im Pachtvertrag bis zum 31.12.2011 begrenzt worden sind und die bis dahin entstehenden Mehrausgaben für die Stadt eingegrenzt und überschaubar sind.

Über den Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 22.06.2010 wurde die Verwaltung beauftragt, unterschiedliche Konzepte (auch unter der Fragestellung der Einbindung der Wirtschaftsbetriebe Burgdorf GmbH) für die weitere Betriebsführung des Veranstaltungszentrums zu erstellen.

Das derzeitige Pachtverhältnis verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern es nicht von einer der beiden Parteien mit einer Frist von sechs Monaten zum jeweiligen Ende der Pachtzeit (zur Zeit 31.12.2011) gekündigt wird. Ob es zu einer Neuausschreibung der Verpachtung kommt, hängt auch von den Ergebnissen der Untersuchung ab, die in Kürze beauftragt wird.

Rohde bemängelte darauf, dass die Frage 2 falsch und die Frage 3 gar nicht beantwortet worden seien. Er rechnete vor, dass für 2010 von einem zusätzlichen Zuschuss von etwa 5.000 € auszugehen sei.

(Siehe Berichtigung der Verwaltung vom 30.08.2010)

Außerdem gehe es nicht um die „tatsächliche“ Verschlechterung sondern um die Zahlen im Haushaltsplan und im Haushaltssicherungskonzept.

Danach habe die Baxmann-Gruppe gegen CDU/FDP eine völlig illusorische Reduzierung der VAZ-Subventionen um 60.000 € beschlossen. Jetzt aber werden Engelbrecht durch den neuen Vertrag sogar 10.000 € pro Jahr ab 01.01.2011 mehr zugestanden.

Das bedeute eine neue Finanzierungslücke von 70.000 €.

Baxmann rief dazwischen: „Das ist Unsinn, was sie da reden. Wie kommen sie bloß immer auf 70.000 €?“

Rohde: „60.000 € Subventionen, die nun lt. Vertrag nicht gestrichen werden plus 10.000 € neuer Zuschuss. Genau das hat die Kommunalaufsicht in ihrem Scheiben an mich auch so gesehen.“

Paul Rohde, Burgdorf, 30.08.2010